

**Protokoll
über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am
02.09.2015**

Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 20:15 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 6047

Anwesenheit

Vorsitzender

Brill, Peter entsandt
durch Fraktion DIE LINKE

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Gajek, Lothar entsandt
durch Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Schriftführerin

Sandner, Monika

ordentliche Mitglieder

Ascher, Ralf entsandt
durch ZG AfD
Böhm, Jörg entsandt
durch Fraktion DIE LINKE
Glüer, Matthias entsandt
durch freie Träger
Herweg, Susanne entsandt
durch CDU-Fraktion
Hoffmann, Karin entsandt
durch freie Träger
Jeske, Franziska entsandt
durch CDU-Fraktion
Kötzsch, Sabine entsandt
durch Fraktion Unabhängige Bürger
Maier, Elke entsandt
durch freie Träger
Markmann, Axel W. entsandt
durch freie Träger
Mielke, Axel entsandt

9. Prüfantrag | Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit den Stadtfeuerwehrverband zur Mitfinanzierung der Jugendarbeit der Freiwilligen Feuerwehren aus Mitteln der Jugendhilfe
Vorlage: 00319/2015

10. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Herr Brill, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und der Verwaltung. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

- zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 15. Sitzung vom 01.07.2015 (öffentlicher Teil)**

Bemerkungen:

Das Protokoll der 15. Sitzung vom 01.07.2015 wird einstimmig beschlossen.

- zu 3 Mitteilungen der Verwaltung**

Bemerkungen:

Frau Gospodarek-Schwenk informiert, dass die Mitteilungen der Verwaltung in den einzelnen Tagesordnungspunkten erläutert werden.

Herr Böhm hinterfragt, wie viele Flüchtlinge im Kinder- und Jugendalter derzeit in Schwerin leben und wie die Bedarfe im Bereich Kindertagesstätten und Schulen sind.

Frau Gospodarek-Schwenk erläutert, dass hierzu keine konkreten Zahlen vorliegen, ein unterstellter Bedarf bei der Kindertagesstättenbedarfsplanung und der Schulentwicklungsplanung aber berücksichtigt wird.

Herr Böhm bittet darum in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses konkrete Zahlen vorzulegen, eventuell auf einen Stichtag bezogen.

Herr Ruhl informiert, dass am 23.09.2015, 18.00 Uhr, in der A.-Lindgren-Schule ein Bürgerforum zum Thema Migranten/ Migrantinnen stattfinden wird, des Weiteren wird eine verwaltungsinterne, ämterübergreifende Arbeitsgruppe unter seiner Leitung eingerichtet. Die konstituierende Sitzung dieser AG findet am 03.09.2015 statt.

Herr Ruhl erläutert, dass in der Beruflichen Schule Technik für die Personengruppe der jugendlichen Migranten ohne ausreichende Deutschkenntnisse eine Klasse für ein 2-jähriges BVJ eingerichtet wurde. Derzeit sind 2 Schüler angemeldet.

Frau Herweg hinterfragt den nächsten Termin „Runder Tisch Asyl“, Herr Ruhl informiert, dass ein Termin am 03.09.2015 festgelegt wird.

Herr Brill unterbreitet den Vorschlag den Tagesordnungspunkt 4 „Sachstand UmF“ zu erweitern auf „Sachstand UmF und Migrantinnen/Migranten“. Diesem Vorschlag stimmen die Mitglieder des Ausschusses zu. Zu dem erweiterten Tagesordnungspunkt 4 werden dem Ausschuss regelmäßig, die vom Amt 50 im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales vorgelegten Informationen, zur Kenntnis gegeben.

zu 4 Sachstand UmF

Bemerkungen:

Frau Gospodarek-Schwenk informiert, dass die AG umF des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales, an der auch die Jugendämter M-V teilnehmen, am 06.07.2015 das 2. Mal getagt hat. Das Land hat auf dieser Veranstaltung darüber informiert, dass es keine eigenen landesgesetzlichen Regelungen zu dem neuen § 42a SGB VIII beabsichtigt. Diskutiert wurden im Rahmen der AG Fragen zu einer Kostenerstattung an die Kommunen, insbesondere die Frage zu existierenden Höchstgrenzen. Die Vertreter der Jugendämter waren aufgefordert, jeweils zum Umsetzungsstand der Vorbereitung der Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge zu berichten. Konkrete Festlegungen wurden im Rahmen der AG nicht getroffen. Das nächste Treffen der AG wird voraussichtlich Ende Oktober/ Anfang November im MAGS stattfinden.

Hinsichtlich der Vorbereitung in der Landeshauptstadt Schwerin informiert Frau Gospodarek-Schwenk darüber, dass es Austausch mit den freien Trägern zur Bereitschaft der Einrichtung einer Clearingstelle und entsprechender Anschlussmaßnahmen gegeben hat. Mehrere Träger haben im Anschluss ihre Bereitschaft zur Einrichtung einer Clearingstelle signalisiert. Vor diesem Hintergrund beabsichtigt die Verwaltung ein schriftliches Interessenbekundungsverfahren auf den Weg zu bringen.

Der Ausschuss stimmt diesem Verfahren einstimmig zu. Durch Frau Gospodarek-Schwenk wird zugesichert, regelmäßig über den Sachstand zu informieren.

zu 5 **Mitteilungen der AG HzE**

Bemerkungen:

Frau Maier informiert, dass die AG am 03.07.2014 tagte. Es wurde unter anderem das Hilfeplanverfahren besprochen.

Der nächste Tagungstermin ist der 04.09.2015.

zu 6 **Mitteilungen der AG Evaluation**

Bemerkungen:

Herr Brill informiert über den Sachstand.

In der Julisitzung beschäftigte sich die Arbeitsgruppe abschließend mit den Sachberichten der Träger an das Jugendamt der Landeshauptstadt Schwerin. Um die Fachgerechtigkeit festzustellen, hat die AG folgende Kriterien für sich festgelegt:

- es arbeitet qualifiziertes Personal in den Einrichtungen
- es wird nach § 11 und § 13 SGB VIII gearbeitet
- Gender wird als Querschnittsaufgabe wahrgenommen
- partizipatorische Elemente werden gelebt
- es sind keine fachaufsichtlichen Vorgänge bekannt
- die Arbeit geschieht auf der Grundlage der Bedarfsfeststellung des Strategiepapiers
- die Angebotspalette ist vielfältig und wird von den Kindern und Jugendlichen nachgefragt und angenommen.

Da in den Sachberichten keine Anhaltspunkte enthalten sind oder das Fachamt nichts Gegenteiliges festgestellt hat, kann die AG Evaluation folgende Festlegung treffen:

Die AG Evaluation kommt nach Kenntnisnahme der Sachberichte der Träger aus dem Jahr 2014 und nach der Klärung der Detailfragen zu den Sachberichten aus dem Jahr 2014 an das Jugendamt zu dem Ergebnis, dass die vorhandenen Angebote fachgerecht erbracht wurden.

In der Sitzung im August verständigte sich die Arbeitsgruppe zu den Themen der nächsten beiden Sitzungen.

Septembersitzung

Beteiligungsinstrumente (umfassende Beteiligung aller Kinder und Jugendlichen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendarbeit in der Kürze der Zeit nicht möglich - wie dann?) und Erwartungen der Mitglieder der AG Eva an Statistik

OktoBERSitzung

Jugendhilfeplaner mit statistischen Grundlagen - Erläuterung der statistischen Zahlen sowie Diskussion und Wertung

zu 7 **Antrag der Sozial-Diakonischen Arbeit - Evangelische Jugend auf Förderung des Jugendmigrationsdienstes für das Jahr 2015** **Vorlage: 00443/2015**

Bemerkungen:

Frau Gospodarek-Schwenk bringt die Vorlage ein.

Herr Böhm hinterfragt wieviel im Produkt 3630100 an finanziellen Mitteln , abzüglich der zu erwartenden offenen Verpflichtungen noch verbleibt.

Frau Gospodarek-Schwenk informiert, dass es sich um ca. 50.000,00 € handelt.

Die Mitglieder stimmen dem Antrag mit:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1 zu.

Herr Markmann hat nicht an der Abstimmung teilgenommen.

**zu 8 Entgelte Diakoniewerk im Nördlichen Mecklenburg gGmbH
Vorlage: 00420/2015**

Bemerkungen:

Die Vorlage wird durch Frau Gospodarek-Schwenk eingebracht.

Herr Böhm hinterfragt die Bezugsgröße der in der Begründung angeführten 39.673 €.

Frau Gospodarek-Schwenk erläutert zu Protokoll, dass es sich dabei um die dargestellten durchschnittlichen Personalkosten einer Erzieherinnen / eines Erziehers bezogen auf **eine Vollbeschäftigteneinheit (VbE)**, sprich 40-h-Woche, handelt.

Die Mitglieder des Ausschusses stimmen der Vorlage einstimmig zu.

**zu 9 Prüfantrag | Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit den
Stadtfeuerwehrverband zur Mitfinanzierung der Jugendarbeit der
Freiwilligen Feuerwehren aus Mitteln der Jugendhilfe
Vorlage: 00319/2015**

Beschluss:

Frau Herweg erläutert den Prüfauftrag.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis und schließen sich dieser mehrheitlich an.

zu 10 Sonstiges

Bemerkungen:

Frau Köttsch fragt an ob auch Hortplätze für Privatschulen vergeben werden.

Frau Gospodarek-Schwenk erläutert, dass für Hortplätze an Schulen in freier Trägerschaft die gleichen Vergabebedingungen nach dem KiföG gelten, wie für die Hortbetreuung von Kindern an staatlichen Schulen. Die derzeit ca. 70

Ablehnungen von Anträgen auf Hortbetreuung sind aufgrund fehlender
Anspruchsvoraussetzung, nicht aufgrund fehlender Platzkapazitäten erfolgt

gez. Peter Brill

Vorsitzender

gez. Monika Sandner

Protokollführerin